

Vattenfall

Die **Vattenfall GmbH** ist die deutsche Tochtergesellschaft des schwedischen Energieunternehmens Vattenfall AB. Dieser gehört zu 100% dem schwedischen Staat. Vattenfall ist nach [E.ON](#), [RWE](#) und [EnBW](#) das viertgrößte Energieversorgungsunternehmen in Deutschland. Vattenfall stand in der Vergangenheit aufgrund seiner Lobby-Aktivitäten für den Braunkohle-Abbau sowie einer [ISDS-Klagen](#) gegen die Bundesrepublik Deutschland in der öffentlichen Kritik. Bei der Klage ging es um den Ausstieg Deutschlands aus der Atomkraft. Vattenfall forderte vor dem Internationalen Schiedsgericht für Investitionsstreitigkeiten in Washington 4,7 Milliarden Euro von der Bundesrepublik, als Entschädigung für die Stilllegung seiner Atomkraftwerke.^[1]

Vattenfall GmbH



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Energieversorger
Gründungsdatum	2002
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.vattenfall.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	2
1.1 Lobbyist(en) im Bundestag und den Ministerien	2
1.2 Auftragsstudien	3
1.3 Astroturfing	3
1.4 Sponsoring	4
1.5 Rekommunalisierung der Berliner Stromnetze	4
1.6 PR-Kampagne	4
2 Fallbeispiele und Kritik	5
2.1 ISDS-Klagen gegen Deutschland	5
2.2 Lobbyisten in Ministerien	5
3 Kurzdarstellung und Geschichte	5
4 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	6
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
6 Einelnachweise	6

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Lobbyist(en) im Bundestag und den Ministerien



Vattenfall ist unter anderem durch seine Mitgliedschaft im [Wirtschaftsrat der CDU](#) eng mit der Politik verflochten.^[2] Ein Beispiel für die weitreichenden Einflussmöglichkeiten stellt der direkte Kontakt 2020 zwischen Vattenfall und anderen Steinkohlekraftwerksbetreibern (allesamt Mitglieder des Wirtschaftsrates) und dem damaligen CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmeier bezüglich des Kohleausstiegsgesetzes dar. Der Rat schrieb einen Brief mit Gesprächsanfrage, worauf zuerst ein Gespräch zwischen ihm und dem BMWi-Staatssekretär Andreas Feicht stattfand und anschließend ein Treffen von Vattenfall & Co. mit Peter Altmeier, seinem Staatssekretär Thomas Bareiß (CDU) und Abteilungsleiterin Stephanie von Ahlefeldt im BMWi folgte. Bareiß pflegt enge Verbindungen mit dem Wirtschaftsrat und sowohl er als auch Frau von Ahlefeldt werden für Energiewende-Gegner*innen gehalten.^[3] Das letztendlich beschlossene Kohleausstiegsgesetz kam der Steinkohlebranche laut Kritiker*innen sehr entgegen, was auf erfolgreiche Lobbyarbeit zurück zuführen sei. Es beinhaltete u. a. Entschädigungen für das Stilllegen von Kraftwerken, die laut Greenpeace-Energieexperte Karsten Smid auf Grund von Überkapazitäten sowieso vom Netz hätten genommen werden müssen.^[4]

[Ulrich Freese](#) war von 2013 bis 2017 Mitglied des Bundestags für die [SPD](#), war Mitglied des Wirtschafts- und Energieausschusses und saß gleichzeitig in drei Aufsichtsräten von Vattenfall (ebenfalls bis 2017).^[5] Aktuell ist er der stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrates der Lausitz Energie Bergbau AG. Diese besitzt zusammen mit der Lausitz Energie Kraftwerke AG die Marke LEAG, welche 2016 die Lausitzer Braunkohletagebaue und -kraftwerke von Vattenfall übernahm. Freese war langjähriger IG-BCE-Gewerkschaftsfunktionär und gilt in Berlin als Braunkohle-Lobbyist. Nach Informationen der Zeitung "Die Welt" geht folgender Satz im Koalitionsvertrag von 2013 zwischen CDU/CSU und SPD auf Freese zurück: "Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar."^[6] Hier durch stellte der damalige Koalitionsvertrag sicher, dass die Bundesregierung in der Energiepolitik weiterhin auf die Braunkohle setzte.^[7] Vattenfall baute damals in der Lausitz/Brandenburg in großem Stil Braunkohle ab. 2013 sprach das Unternehmen von knapp 33.500 Arbeitsplätzen, die dort von der Wertschöpfung durch die Braunkohlenindustrie abhängig seien (mehr zu der Berechnung dieser Zahl weiter unten). 2022 hat LEAG 7000 direkte Mitarbeitende.^[8]

Für seine Wahlkampfkasse erhielt Freese in 2013 Spenden in Höhe von 86.546 Euro. Zumindest ein Teil der Summe lässt sich laut eines Berichts im "Spiegel" auf damalige Führungskräfte von Vattenfall zurückführen.^[9]

Auftragsstudien

Vattenfall beauftragte das privatwirtschaftliche Forschungs- und Beratungsinstitut [Prognos AG](#) mit zwei Studien über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Braunkohletagebaus in den neuen Bundesländern. Die erste Studie wurde im Dezember 2005 unter dem Titel *Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland* veröffentlicht und kommt zu dem Ergebnis, dass „[c]a. 23.600 Arbeitsplätze [...] durch die ostdeutsche Braunkohleindustrie gesichert“ [\[10\]](#) werden. Zu dieser Zahl kommt Prognos, indem zu den direkt in der Braunkohleindustrie beschäftigten Arbeitnehmern auch „indirekte“ Beschäftigte bei Zulieferbetrieben (in sogenannten „Vorleistungssektoren“) gerechnet werden sowie sogenannte „induzierte“ Arbeitsplätze, welche durch Konsumausgaben der ersten beiden Gruppen entstehen. In der im September 2011 unter dem Titel *Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland* erschienenen Folgestudie heißt es: „Insgesamt hängen in Ostdeutschland rund 33.500 Arbeitsplätze von der Braunkohleindustrie ab.“ [\[11\]](#) Vergleicht man die Angaben aus den beiden Prognos-Studien, so ist bei den direkt Beschäftigten einen Anstieg um 9,8% von 10.182 im Jahr 2005 auf 11.179 im Jahr 2011 festzustellen. In den sogenannten Vorleistungssektoren stieg die Zahl der „indirekt“ Beschäftigten angeblich innerhalb von nur sechs Jahren um über 58% (von 10.600 auf 16.790). Die Zahl der induzierten Arbeitsplätze verdoppelte sich sogar fast von 2275 auf 5535, obwohl beide Studien von Konsumausgaben in Höhe von ca. 260 Millionen Euro ausgehen. Auch wenn diese in den Auftragsstudien genannten Zahlen kaum nachvollziehbar sind, werden sie in Publikationen der Braunkohlelobby immer wieder als Argument für die wirtschaftliche Notwendigkeit des Braunkohletagebaus genannt.

Astroturfing

Vattenfall förderte finanziell den Verein [Pro Lausitzer Braunkohle](#).[\[12\]](#) Nach der Abgabe der Braunkohlesparte von Vattenfall an LEAG wird diese von Pro-Lausitz als Partner genannt, was die Partnerschaft beinhaltet ist nicht näher bekannt. [\[13\]](#) Der Verein präsentiert sich als unabhängige Bürgerinitiative, die sich für eine Erweiterung des Tagesbaus stark macht. Fünf von sieben Mitgliedern des Vorstandes weisen allerdings direkte Verbindungen zu LEAG und/oder Vattenfall auf:

- Marco Bayer - Angestellt bei LEAG (früher: Vattenfall)
- Frank Hürrich - früher angestellt bei Vattenfall, heute ABB Cottbus (arbeitet mit LEAG zusammen)
- Bernd Pissulla - Betriebsrat Vattenfall (Stand: 2016), Mitglied der IG BCE Bezirksleitung Cottbus,
- Lars Katzmarek - Angestellt bei LEAG (früher: Vattenfall) [\[14\]](#)
- Alexander Keil - Angestellt bei LEAG [\[15\]](#)
- Sieglinde Hinzer - Angestellte bei envia Mitteldeutsche Energie AG (Mehrheitseigentümer ist die E.ON) und IGBCE Bezirksvorstand
- Wolfgang Rupieper - seit 2015 Antikorruptionsbeauftragter der Stadt Cottbus und Richter im Ruhestand. [\[16\]](#)

Auf Anfrage von LobbyControl äußerte sich Vattenfall nicht dazu, wie viele Gelder in den Verein geflossen sind. Der Verein [Pro Lausitzer Braunkohle](#) betreibt eine eigene Geschäftsstelle im Cottbusser *Haus der Wirtschaft*, aus der auch die Kampagne „[Meine Stimme fürs Revier](#)“ organisiert wurde. Die Aktionen der

Kampagne umfassten eine Plakataktion vor der Greenpeace-Zentrale in Hamburg und kostspielige Großkundgebungen im Vorfeld von politischen Sitzungen zum Thema Braunkohle. Auch die Veranstaltung eines "Zuckertütenfests" in einem Vergnügungspark in einem stillgelegten Tagebaugebiet wurde angeblich vom Verein selbst finanziert. Die finanziellen Ressourcen, die hinter solchen Kampagnen stecken, können die zahlreichen Bürgerinitiativen, die sich gegen den Braunkohletagebau aussprechen, bei Weitem nicht auftreiben.

Sponsoring

Vattenfall trat häufig als Sponsor von Sport- und Kulturveranstaltungen auf. Vor allem auch in der Lausitz, wo Vattenfall mehrere Dörfer wegbaggern lies, versuchte das Unternehmen mit hohen Sponsoringsummen in Sport und Kultur seinen Ruf aufzubessern. Hier bestand ein besonders breites, von Vattenfall gesponsortes Angebot: Jugendförderung, die Unterstützung mehrerer Sportvereine, große Schulsportveranstaltungen, einen Architekturpreis etc.. Nach dem Verkauf der Lausitzer Braunkohlesparte an LEAG hörte dieses allerdings auf.

Rekommunalisierung der Berliner Stromnetzes

Berlin privatisierte sein Stromnetz im Jahr 1997. Seitdem war Vattenfall der Betreiber. 2011 gründete sich der Berliner Energietisch nach dem Vorbild des Berliner Wassertisches mit dem Ziel, die Stromversorgung in Berlin nach demokratischen, ökologischen und sozialen Kriterien zu organisieren. Dem Versorger Vattenfall wurde vorgeworfen, zu sehr auf dem Abbau von Braunkohle zur Energiegewinnung zu verharren. Der Berliner Senat unterstützte den hohen Verkaufspreis des Stromnetzes von bis zu drei Milliarden Euro - der Energietisch rechnete dagegen mit 400 Millionen Euro^[17].

Nach einem erfolgreichen Volksbegehren wurde ein Volksentscheid über die Rekommunalisierung auf den 3. November 2013 gesetzt, obwohl eine Zusammenlegung des Volksentscheids mit der Bundestagswahl am 22. September 2013 möglich gewesen wäre. Der Energietisch als Initiator des Volksbegehrens äußerte die Vermutung, der Senat hoffe, dass der Volksentscheid auf diese Weise am Zustimmungsquorum scheitern werde. Genau dies trat auch ein - der Gesetzentwurf ist in der Abstimmung gescheitert und wurde deshalb nicht angenommen. Es stimmten zwar 83 Prozent der Abstimmungsteilnehmer mit Ja, jedoch wurde das Quorum von 25 Prozent aller Stimberechtigten mit 24,1 Prozent knapp verfehlt.^[18].

2021 kaufte Berlin das Stromnetz dann doch für 2,14 Milliarden Euro^[19], nachdem Vattenfall im Oktober 2020 überraschend Verkaufsabsichten bekannt gab.

PR-Kampagne

Im Vorfeld einer wichtigen Abstimmung im Braunkohleausschuss des Landes Brandenburg am 28. April 2014 startete Vattenfall eine Anzeigenkampagne unter dem Motto "[Was wichtig ist](#)". Die verschiedenen Anzeigemotive, in denen Menschen aus der Lausitz für den Braunkohletagebau werben, erschienen erstmals im November 2013 in verschiedenen Lausitzer Zeitungen und auf ca. 160 Großaufstellern in der Region. Vattenfall versuchte mit dieser Kampagne, eine breite Öffentlichkeit von der Notwendigkeit des Braunkohletagebaus zu überzeugen. Heute findet sich auf Vattenfalls Webseite ihr Plan für den Kohleausstieg und das übergeordnete Ziel, bis 2030 auf Kohle in ihrem Wärmeportfolio zu verzichten und bis 2040 klimaneutral zu sein. ^[20]

Fallbeispiele und Kritik

ISDS-Klagen gegen Deutschland

Vattenfall verklagte die Bundesrepublik Deutschland bereits zwei Mal vor internationalen Schiedsgerichten im Rahmen von ISDS-Verfahren. Das erste mal klagte Vattenfall im Jahr 2009 als der Hamburger Senat die Wassernutzungsregeln für das Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg veränderte. Vattenfall dürfe zum Schutz des Ökosystems nur eine bestimmte Menge an Elbwasser zum Kühlen verwenden, abhängig von Temperatur und Sauerstoffgehalt des Flusses. Auf Basis der Europäischen Energiecharte, einem Investitionsschutzabkommen mit ISDS-Klagermöglichkeit für Unternehmen, wurde vor einem internationalen Schiedsgericht in Washington verhandelt. Zum ersten Mal in der Geschichte musste sich die Bundesregierung wegen „Investitionsbehinderungen“ vor einem Schiedsgericht verteidigen. Die Klage wurde mit einem Kompromiss beigelegt. Hamburg musste seine Umweltauflagen soweit zurückziehen und aufweichen, dass sie anschließend gegen die EU-Naturschutz-Richtlinie verstießen.

Die EU verklagte die Bundesrepublik Deutschland daraufhin vor dem EuGH, Hamburg habe mit der Zurücknahme der Wassernutzungsregeln für das Vattenfall-Kohlekraftwerk die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie verletzt. Konkret soll die Wasserentnahme zur Kühlung des Kraftwerks schädlich für seltene Fische sein. Brisant ist, dass die EU-Kommission, die Deutschland verklagt, weil sie den Vergleich mit Vattenfall auf Basis des Investitionsschutzes für unvereinbar mit dem EU-Vertrag hält, sich gleichzeitig auch für die Aufnahme von Investitionsschutz in die geplanten Handelsverträge TTIP und CETA einsetzt. Es ist unklar, inwieweit die Kommission mit dem Fall weiter umgeht - eine Eskalation würde den Protest gegen die Aufnahme von ISDS-Verfahren in die geplanten Freihandelsabkommen forcieren.^[21]

Das zweite Mal verklagte Vattenfall 2012 die Bundesrepublik Deutschland nachdem diese bekannt gab, aus der Energieproduktion von Atomkraftwerken aussteigen zu wollen. Vattenfall klagte wegen der Stilllegung der schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel auf 4,7 Milliarden Euro Schadenersatz. Bis März 2015 kostete das noch laufende Verfahren die Bundesrepublik bereits 4,1 Millionen Euro.^[22]

Lobbyisten in Ministerien

Das Bergbauunternehmen **Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG)** fusionierte 2002 mit den Hamburgische Electricitäts-Werken (HEW) unter Federführung des schwedischen Konzerns Vattenfall AB zu Vattenfall Mining AG. Aus der LAUBAG wird die Vattenfall Mining AG.

- Die LAUBAG hatte einen Lobbyisten im Wirtschaftsministerium.

→ zur Übersicht [Lobbyisten in Ministerien](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Berliner Geschäftsstelle von Vattenfall arbeiten allein 20 Mitarbeiter in der Lobbyabteilung des Konzerns. Chef der Berliner Lobbyabteilung ist Alexander Jung, der früher das Vorstandsbüro Deutschland leitete.^[23]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die Vattenfall GmbH hat mehrere 100%-ige Tochtergesellschaften, darunter:

- Stromnetz Berlin GmbH
- Vattenfall Europe Mining AG
- Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH

Quelle: [\[24\]](#)

Politiker im Aufsichtsrat der Vattenfall Europe Mining AG

Ulrich Freese (Stellv. Vorsitzender)

- seit 2013 Mitglied des Bundestages
- SP • 2003-2013 Stellv. Vorsitzender der Industriegewerkschaft
- D Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)
- Vattenfall GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats

Ehemalige Politiker im Aufsichtsrat

Burkhard Dreher (neutr. MG)

SP 1994-1999 Wirtschaftsminister von Brandenburg
D

- bis 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments
- SP • Intergroup European Energy Forum (EEF), Ehrenvorsitzender [\[25\]](#)
- D • Kerntechnische Gesellschaft, Ehrenmitglied [\[25\]](#)

Martina Gregor-Ness

SP Mitglied des Landtages Brandenburg, Umweltpolitische Sprecherin
D der SPD-Fraktion

Reinhardt Schultz

SP bis 2009 Mitglied des Bundestages
D

(Stand: August 2015) Quelle: [\[24\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Vattenfall verklagt Deutschland auf 4,7 Milliarden Euro](#) Spiegel online vom 15.10.2014, abgerufen am 31.08.2022
2. ↑ [Vattenfall GmbH](#) www.lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 31.08.2022.

3. ↑ [Lobbyreport 2021](#) lobbycontrol.de, abgerufen am 31.08.2022.
4. ↑ [Weitere Kritik am Wirtschaftsrat der CDU](#) lobbycontrol.de, abgerufen am 31.08.2022.
5. ↑ [Biografie Ulrich Freese](#) bundestag.de, abgerufen am 29.08.2022
6. ↑ [Im War Room der Demokratie](#) Spiegel Online vom 02.12.2013, abgerufen am 29.08.2022
7. ↑ [Wie die Braunkohle-Lobby der SPD am Koalitionsvertrag mitschrieb](#) welt.de vom 12.12.2013, abgerufen am 31.08.2022
8. ↑ [LEAG Mitarbeiter, leag.de](#), abgerufen am 29.08.2022.
9. ↑ [Auffällige Spenden im Bundestagswahlkampf des Vattenfall-Aufsichtsrats Ulrich Freese](#), Spiegel online vom 22.06.2014, abgerufen am 29.08.2022
10. ↑ [http://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Prognos_Braunkohle_2005.pdf] Bericht: Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland], S. 1., Prognos AG 2005, abgerufen am 25.08.2015
11. ↑ [Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland](#), S. 27., Prognos AG 2011, abgerufen am 25.08.2015
12. ↑ [DER SPIEGEL 44/2013](#), abgerufen am 14.05.2014.
13. ↑ [Pro-Lausitz Partner](#) pro-lausitz.de, abgerufen am 31.08.2022
14. ↑ [Lars Katzmarek](#) linkedin.com, abgerufen am 31.08.2022.
15. ↑ [LEAG-Azubis wollen gute Job-Perspektiven in der Heimat](#) leag.de, abgerufen am 31.08.2022.
16. ↑ [Wolfgang Rupieper](#) Akademie für Rechtskultur & Rechtspädagogik, abgerufen am 31.08.2022.
17. ↑ [Vattenfall verkauft sich zu teuer](#) die taz vom 06.03.2012, abgerufen am 29.08.2022
18. ↑ [Energieversorgung: Berliner Strom-Volksentscheid gescheitert](#) Spiegel Online vom 03.11.2013, abgerufen am 24.08.2022
19. ↑ [Stromnetz Berlin ist wieder im Eigentum des Landes Berlin](#), [berlin.de](#), abgerufen am 29.08.2022
20. ↑ [Vattenfall Ausstieg Kohleenergie](#), [group.vattenfall.com](#), abgerufen am 29.08.2022.
21. ↑ [Eine Tragödie in fünf Akten](#) die taz vom 27.02.2015, abgerufen am 24.08.2015
22. ↑ [Vattenfall-Klage kostet Deutschland schon jetzt Millionen](#) Handelsblatt vom 12.03.2015, abgerufen am 24.08.2015
23. ↑ [Wer lenkt die Lobbyisten?](#) PR-Magazin 07/2011, abgerufen am 24.08.2015
24. ↑ [24.024,1 Beteiligungsverhältnisse des deutschen Vattenfall-Konzerns](#) Webseite Vattenfall, abgerufen am 23.04.2014
25. ↑ [25.025,1 Lebenslauf Dr. Rolf Linkohr](#) Private Webseite, abgerufen am 23.04.2014

[1]

1. ↑ Referenzfehler: Es ist ein ungültiger <ref>-Tag vorhanden: Für die Referenz namens :0 wurde kein Text angegeben.